

Zu den Terroranschlägen in Paris



Monsignore Wolfgang Huber ist Präsident des Internationalen Katholischen Missionswerks „Missio“ in München.

Ein Miteinander ist wichtiger denn je

Es war ein starkes Signal, das am Sonntag nach den todbringenden Anschlägen vom 13. November aus der Kathedrale von Notre Dame in Paris ausging: Der Ausnahmezustand war in der französischen Hauptstadt ausgerufen, Angst und Entsetzen lähmten die Stadt. Gemeinsam mit zahllosen anderen Kirchen in Frankreich und im Ausland öffnete die Kathedrale ihre Pforten. Die Botschaft, die Kardinal André Vingt-Trois den unter Polizeischutz ins Gotteshaus strömenden Besuchern mit auf den Weg gab, war die der Versöhnung.

Die Botschaft des Evangeliums dürfen wir uns jetzt ganz besonders ins Bewusstsein rufen, wenn in Brüssel die Angst vor Terror die

Stadt lähmt, wenn auch in Deutschland die Sorge vor Attentaten besteht. Es ist der Moment, in dem wir uns an das Geheimnis unseres Glaubens erinnern dürfen: dass die Liebe das letzte Wort hat, dass sie über den Tod siegt. Und dass unser Gott ein Gott der Liebe ist, ein Gott, der Leben bedeutet, nicht Tod und Zerstörung.

In diesem Sinne dürfen wir unsere muslimischen Mitbürger nicht zu weiteren Opfern der Terroristen werden zu lassen, indem wir sie unter Generalverdacht stellen. Wir dürfen nicht den Fehler begehen, Rachedgedanken zu nähren, unsere Gesellschaften spalten zu lassen und damit die Terroristen eines ihrer Ziele erreichen zu lassen. Wir dürfen vor allem

nicht den Fehler machen, den Flüchtlingen, die vor Krieg und Terror fliehen und die in unsere Länder kommen, mit Argwohn zu begegnen. Da ist es ein wichtiges und positives Zeichen, dass, wie mir Freunde berichteten, in der Kathedrale von Évry der Imam und die Verantwortlichen der nahen Moscheegemeinde den Gottesdienst mitfeierten. Die Kirchen tragen dadurch gemeinsam mit anderen Religionsgemeinschaften Trauer, Angst und Schmerz der Opfer des Terrors mit. Ein solches Miteinander ist nun wichtiger denn je, um die Freiheit, Toleranz und Achtung der Würde des anderen in unseren europäischen Gesellschaften aufrecht zu erhalten und zu stärken.



Andreas Renz ist Fachbereichsleiter „Dialog der Religionen“, Hauptabteilung „Theologie und Gesellschaft“ im Erzbischöflichen Ordinariat in München.

Glaube – Orientierung und Sicherheit

Der islamistische Terror wird leider nicht von heute auf morgen zu überwinden sein. Wir werden damit leben müssen, so lange Bürgerkriege und Stellvertreterkriege (bei denen auch westliche Staaten beteiligt sind), Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen, Staatszerfall und Waffenhandel im Nahen und Mittleren Osten wie in afrikanischen Ländern, aber auch Desintegration von jungen Menschen in unseren westlichen Ländern nicht beendet sein werden.

Der Terror wächst auf diesem Boden und die Religion (in dem Fall der Islam) liefert dafür oft die Legitimation, um die wahren Motive der Drahtzieher und Täter zu verschleiern. Es wird aufgrund der komplexen

Gemengelage keine einfachen Lösungen geben, sondern nur das Zusammenspiel vieler Akteure kann langfristig helfen. Was aber können und müssen wir als einfache Bürger tun? Wir können und müssen im Alltag, in der Nachbarschaft, im Stadtteil aufeinander zugehen, um so Ängste voreinander und wechselseitige Feindbilder aufzubrechen, die das Gift des Misstrauens und der Spaltung säen. Wir können und müssen dafür sorgen, das Denken in Kollektiven (hier „die Muslime“, da „wir“) zu überwinden, müssen aus der anonymen Masse „der Muslime“ und „der Flüchtlinge“ Individuen machen, die ebenso Angst haben vor Terror und Hass und nicht selten selbst Opfer von Gewalt sind.

Wir dürfen auch nicht vergessen und verdrängen, dass es neben dem islamistischen Terror derzeit auch einen rechten Terror gerade in unserem Land gibt, dem in den letzten Jahren viele Menschen zum Opfer gefallen sind. Auch Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sind Terror – nehmen wir es vielleicht nur nicht so wahr, weil es nicht uns trifft, sondern „die anderen“?

Wir leben in unsicheren Zeiten und die Unsicherheit wird weiter zunehmen. In dieser Situation kann uns der Glaube Orientierung und Sicherheit geben und so können wir als Christen vielleicht der Gesellschaft insgesamt ein Stück weit Orientierung und Sicherheit geben.



Martin Pilgram ist Vorsitzender der Internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi der Bistumsstelle München und Freising.

Werte vermitteln und vorleben

Die Terrorakte von radikalen Islamisten in Paris gehen uns im benachbarten Deutschland besonders nahe. Dass es auch uns treffen könnte, wurde uns nur allzu bewusst durch die Absage des Fußballländerspiels in Hannover kurz darauf.

In unsere Gedenken sollten wir auch all die Menschen einbeziehen, die diesem Terrorismus davor und danach an anderen Stellen unserer Welt zum Opfer fielen. Wir dürfen diese Terroraktionen aber nicht als Kriegserklärung, sondern müssen sie als Verbrechen begreifen, die strafrechtlich verfolgt werden müssen. Drahtzieher und Verdächtige gehören vor Gericht, um sie einer gerechten Strafe

zuzuführen. Dazu muss es eine stärkere europäische und internationale Zusammenarbeit geben.

Zur Aufarbeitung der Anschläge vom 13. November müssen wir aber auch nach den Ursachen des Terrors fragen. Die Täter von Paris stammen wohl vor allem aus europäischen Gesellschaften. Diese müssen es wieder schaffen Werte, wie die Achtung der Menschenwürde, Nächstenliebe und Solidarität, so zu vermitteln und auch vorzuleben, dass Jugendliche diese gerne annehmen und nicht nach zweifelhaften Alternativen suchen, die von gewaltbereiten Gruppierungen ausgehen. Ein trotziges Beharren auf der Spaßgesellschaft

wird dafür nicht ausreichen. Den so genannten „Islamischen Staat“, dem sich viele der Terroristen verbunden fühlen, muss unsere Staatengemeinschaft endlich isolieren. Jede Zusammenarbeit mit Staaten, aus denen die finanziellen Unterstützer kommen, sollte solange ruhen, bis diese Staaten die Unterstützer ebenso rigoros verfolgen wie die Staaten der Europäischen Union.

Für Syrien gilt es nach einer politischen Lösung mit allen am Konflikt Beteiligten zu suchen. Überdies sollte die Bundesrepublik Deutschland alle Rüstungsexporte in den Nahen Osten verbieten, denn diese destabilisieren die Region nur weiter.